

Rede Neujahrsempfang 2020

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
schon Mark Twain meinte:

„Eine gute Rede hat einen guten Anfang und ein gutes Ende und beide sollten möglichst dicht beieinander liegen.“

Deshalb fange ich direkt mit dem Mittelteil an:

Wo ist die wirtschaftspolitische Kompetenz der CDU geblieben?

Im Bund wurschtelt Herr Altmaier eher unglücklich vor sich hin.

Er hat die deutsche Industrie gegen sich aufgebracht. Im ersten Entwurf seiner „Industriestrategie 2030“ hat er den Mittelstand vergessen. In seiner Staatsgläubigkeit, die man sonst nur von Kommunisten kennt, hofiert er nur die Großindustrie. Da bekam er doch tatsächlich Beifall von Gewerkschaften und Linken.

Das passte nicht zu der Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel: Altmaier solle die CDU wieder als Marktwirtschaftspartei im Sinne Ludwig Erhards positionieren.

Also musste Altmaier nachsitzen. Sein "Made in Germany"-Papier musste er noch einmal kräftig nachzuarbeiten.

Unter der Aufsicht von Fraktionschef Ralph Brinkhaus und den Wirtschaftsexperten der CDU hat Altmaier dann seinen zweiten Versuch vorgelegt.

Doch viel besser ist das Werk auch nicht geworden. Jetzt ist von der "erstklassigen Marktposition" der "mittelständisch geprägten" und "oftmals familiengeführten" deutschen Industrieunternehmen die Rede.

Ansonsten liest sich das 40-seitige Papier wie eine Auflistung der wirtschaftspolitischen Versäumnisse der Großen Koalition.

Peter Altmaier, Heiko Maas und AKK; alle 3 kommen aus dem Saarland.

Ich befürworte ja den Minderheitenschutz und die Entwicklungshilfe. Aber alle 3 sind keine besonderen Leuchten in Berlin. Meiner Meinung sollte bei der Ämterbesetzung mal mehr auf Qualität statt auf Quote achten.

Ich kann den Vorschlag von Herrn Söder nur begrüßen, das Kabinett möglichst schnell umzubilden.

Bei der Gelegenheit kann er die Fehlbesetzung Andreas Scheuer auch gleich wieder mit Heim nach Bayern nehmen.

Der leidet offenbar unter Realitätsverlust:

Es muss ihm doch bekannt gewesen sein, dass der europäische Gerichtshof noch ein Urteil fällen wird. Und dann geht der hin und schließt vorher noch Berteiberträge ab.

Einfach unfassbar, wie hier unsere Steuergelder verbrannt werden.

Aber in Köln sieht es auch nicht viel besser aus:

Die CDU-Köln hat den Ausbau des Godorfer Hafens dem schwarz-grünem Koalitionsfrieden geopfert.

Ein bedenkliches Zeichen in Zeiten des Klimawandels:

1 Million LKW-Kilometer pro Jahr durch die Kölner Innenstadt hätten aufs Wasser verlegt werden können.

Am Ende war sämtlicher Protest von unserer Handwerkskammer, von der IHK, den Gewerkschaften und Arbeitgebern und der stadteigenen Häfen und Güterverkehr Köln AG umsonst.

30 Jahre Planungsarbeit gehen in den Reißwolf.

Am 26. September letzten Jahres beschloss der Rat der Stadt Köln das Aus mit den Stimmen der Grünen und der CDU. Eine Niederlage für Wirtschaft und Umwelt.

Der Güterverkehr wird weiter zunehmen und die Kapazitäten von Schiene und Straße sind ausgeschöpft. Schon jetzt werden jeden Tag rund 200 Container vom Niehler Hafen im Kölner Norden per LKW in den Kölner Süden transportiert.

Um 1 Tonne Ware 100km weit zu transportieren, benötigt ein Schiff 1,3 Liter Diesel, ein LKW hingegen 4,1 Liter, also mehr als das 3-Fache. Vom Feinstaub der LKWs mal ganz zu schweigen.

Sven Lehmann von den Grünen stellt die Notwendigkeit der neuen Rheinbrücke hier im Kölner Süden in Frage. Die Wechselkröte ist nämlich hier heimisch und die ist artengeschützt.

Wir können gespannt sein, wann unsere vergrünte Kölner CDU auch hier einknickt.

Ich will es nicht hoffen.

Aber politische Nebelkerzen werfen, das könnt ihr im Kölner Rathaus: Nee, was können wir doch froh sein, dass wir in Köln den „Klimanotstand“ ausgerufen haben.

Das sind doch mal konkrete Maßnahmen, an denen wir uns messen können.

Unkorrigiertes Manuskript, es gilt das gesprochene Wort

Nur auf eine Baugenehmigung, um dringend benötigten Wohnraum zu schaffen, da wartet man Köln rund 2 Jahre drauf. Das geht übrigens in München in rund 6 Monaten und die haben 40% mehr Einwohner wie Köln.

Das zeigt doch, dass auch große Städte zu verwalten sind, wenn nur die richtigen Leute dran sind.

Lieber Christian, du siehst: Die SPD hat als Feindbild ausgedient.

Ihr bietet mir zwar immer noch genug Angriffsfläche, aber ich trete keinen, der am Boden liegt. Das gehört sich nicht.

Das macht auch keinen Spaß. Kommt erst mal wieder zu Kräften, dann seid ihr wieder dran.

Nur ob das was wird mit euren beiden neuen Vorsitzenden, Frau Esken und Norbert-Walter Borjeans? Da bin ich mir nicht sicher. Wir werden es sehen.

Wir waren beim „Kölner Klimanotstand“:

Klimawandel:

Ich finde es gut, dass ein Mädchen wie Greta es schafft, die Öffentlichkeit so auf dieses Thema zu lenken. Das meine ich ohne Ironie. Der Klimawandel wird das Thema der nächsten Jahre und Jahrzehnte sein.

Kein vernünftiger Mensch kann den Klimawandel leugnen. Er findet ja bereits statt.

Wir brauchen uns nur die Gletscher und die Ausdehnungen vom ewigen Eis der Arktis und Antarktis anzusehen. Dann wissen wir, wo die Reise hingeht.

Die Feuerkatastrophe in Australien, die Überschwemmungen in Jakarta und die Dürre im südlichen Afrika können ebenfalls Auswirkungen der Klimaveränderungen sein.

Wir sollten uns aber nicht zu sehr darauf konzentrieren, die Klimaveränderungen aufzuhalten. Die sind nämlich nicht aufzuhalten. Solange Länder wie China, Indien, die USA, usw. nicht radikal umsteuern, ist das, was wir hier machen ein Furz im Wind.

Anstatt zu jammern (das können wir Deutschen perfekt), sollten wir die Sache anders anpacken:

Lassen wir uns aufmachen und umweltfreundliche, CO₂-neutrale Technologien entwickeln. Und die dann weltweit verkaufen.

Das muss noch stärker gefördert werden.

Zum Beispiel die Wasserstofftechnologie, wo uns Japan den Rang abläuft. Die von Deutschland entwickelten Technologien müssen dann aber auch von hier vermarktet werden.

Und nicht, wie es bei der Solartechnologie passiert ist: Wir Deutschen entwickeln sie mit teuren, vom Bund unterstützten Forschungsprojekten und verscherbeln sie anschließend nach China.

Greta sagt: Folgt einfach der Wissenschaft. Da bin ich sehr für.

Wir sollten dabei aber die Wirtschaftswissenschaft und die Geschichtswissenschaft nicht vergessen.

Wenn wir das schlagartig umsetzen, was unsere sogenannten Klimaaktivisten fordern, nämlich u.a. die Abschaffung des globalisierten Welthandels, wird die Weltwirtschaft in eine Krise ungeahnten Ausmaßes fallen.

Die Folgen sind soziale Verwerfungen mit Hungersnöten und Kampf um Ressourcen.

Die ersten Auswirkungen der neuen Energiepolitik des Bundes zeigen sich:

Steigende Strompreise

Wie lange wir uns in Deutschland immer weiter steigende Strompreise im internationalen Wettbewerb noch erlauben können, wird sich zeigen.

Die Ängste der Bevölkerung in den Braunkohleregionen sind greifbar. Noch sind wir reich genug, um die Menschen aufzufangen, die derzeit dort noch arbeiten.

Wobei, Reich ist relativ. Wir sind nur weniger verschuldet wie die anderen Länder. Auch eine Form von Reichtum.

Wie wichtig das Thema Klimawandel auch ist, meine sehr verehrten Damen und Herren Volksvertreter: vergessen Sie den „sozialen Ausgleich“ zwischen den Bevölkerungsschichten nicht.

Wir haben in unserer Gesellschaft eine Spaltung in „Arm und Reich“, in „Unten und Oben“. Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist real.

Unkorrigiertes Manuskript, es gilt das gesprochene Wort

Mit „unten“ meine ich weniger die Sozialhilfeempfänger, sondern die Geringverdiener am unteren Ende der einstigen Mittelschicht. Dort haben die Menschen zunehmend das Gefühl, dass der Fokus der Politik den Leistungsempfängern gilt, nicht den Leistungserbringern.

Die Lebensleistungen einer großen Zahl von Kleinverdienern werden ignoriert. Die Armut und die Zahl der Tafelnutzer steigt bei uns weiter an.

Zur gleichen Zeit gehen Milliarden an die, die am lautesten schreien und auch an die Wirtschaftsmigranten. Sie bestimmen die politische Agenda und nicht zuletzt die Verteilung der Finanzen. Die Leisen und Angepassten spielen dagegen eine untergeordnete Rolle – und gehen leer aus.

Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW) belegen die ungleiche Einkommensentwicklung in Deutschland:

Trotz sehr guter Konjunktur ist es nicht gelungen, die Schere zwischen Arm und Reich zu verengen und die Einkommensungerechtigkeiten zu reduzieren. Um Geringverdiener machen der Aufschwung und das Exportwunder der letzten Jahre weiterhin einen großen Bogen. Der riesige Leistungsbilanzüberschuss hat sich für Viele gelohnt, am wenigsten jedoch für das ärmere Bevölkerungsdrittel.

Fehlende Anerkennung

Es wenden sich weniger die Arbeitslosen oder Hartz-IV-Dauerempfänger vom Staat ab. Die sind in der Regel schon weg.

Vielmehr sind es die rund 30 Prozent „redlichen Kleinbürger“ in unserer Gesellschaft.

Es sind die, die sich täglich abrackern:

überforderte Alleinerzieher mit Kindern, Krankenschwestern, Niedrigrentner, Supermarktkassiererinnen, Taxifahrer, Altenpfleger, Paketauslieferer. Kurzum: die „Soeben-Gesellschaft“.

Das sind all diejenigen, die aus eigener Kraft gerade noch soeben über die Runden kommen.

Da ist der Kinobesuch schon schwierig und der Trip nach Mallorca in weiter Ferne.

Es sind aber nicht nur die materiellen Engpässe.

Es fehlt an Respekt.

Dieser „Soeben-Gesellschaft“ fehlt der Respekt vor ihrer mühevollen Lebensleistung.

Es ist gut möglich, dass bei uns bald nicht mehr nur die „üblichen Verdächtigen“ protestieren, also die Gewerkschafter, Linke und Rechte, Studenten und Klimaschützer.

Diesmal könnte die untere Mittelschicht auf die Barrikaden gehen und das zurecht: Mieter, Pendler, Landbewohner, Alleinerziehende, Familien.

All diejenigen, die hochengagiert jeden Tag mit großem Aufwand *soeben* über die Runden kommen. Deren Leben ist von Versorgungsängsten, fehlenden Zukunftsperspektiven, Abstiegsrisiken und fehlender Achtung geprägt.

Noch schwerer als das Finanzielle wirkt nämlich das mentale „Wo-bleibe-Ich?“.

Diese Bürger fühlen sich ausgegrenzt, obwohl wir, also der Staat sie benötigen.

Es sind nämlich diejenigen, die jeden Tag versuchen, ohne staatliche Alimentation auszukommen.

Es sind die, die sich trotz allem intensiv um ihre Kinder kümmern, die Strafmandate ehrlich begleichen und bei Steuererklärungen nicht tricksen.

Und es sind genau die, die dann aber sehen, wie Staat und Gesellschaft ihnen ständig in die Tasche greift: bei Mieten, Abgaben, Strom, bei der kalten Progression, bei ökologischen Forderungen nach teurerem Fleisch, höheren Parkgebühren, steigenden Benzinpreisen, zusätzlichen Steuern wie z.B. der CO2-Steuer.

Ihre Auskommensschere wird immer enger, weil der Staat, bzw. deren Vertreter an ihnen wenig Interesse zeigt, ja zumeist noch nicht einmal ein „Danke“ erübrigt.

Wer einfach schweigt und macht, hat in unserer Demokratie keine Fürsprecher.

Ignoranz und Verdrängen

Bei diesen Bürgern steigt aber dann die Wut, wenn sie sehen, dass

Unkorrigiertes Manuskript, es gilt das gesprochene Wort

- Banken-Boni als „systemrelevant“ gelten
- beim Berliner Flughafen, der Elbphilharmonie, der Kölner Oper, Zeitvorgaben und Kostenlawinen keine Rolle spielen,
- sich Ausländer ohne Bleiberecht auf Staatskosten hier einrichten können, weil der Staat nicht durchgreift

Wer wie Carsten Linnemann Sprachanforderungen an die Einschulung von Migranten stellt, erlebt einen riesigen Shitstorm. Über 70 Prozent der Deutschen sind seiner Meinung.

Ein Beispiel für den wachsenden Unmut in der unteren Mittelschicht sind die Russlanddeutschen, die vor über 20 Jahren zu uns gekommen sind. In der Regel als zuverlässige und fleißige Arbeiter bekannt.

Früher waren die durch die Bank überzeugte CDU-Wähler.

Jetzt sind viele auf AfD-Kurs. Und das nicht, weil sie rechtsradikal und ausländerfeindlich denken. Sie fühlen sich ungerecht behandelt.

Protest mit dem Stimmzettel

Es ist nicht nur das knappe Einkommen dieser Soeben-Gesellschaft.

Es ist in gleichem Maße das ungerechte „Und wo bleibe ich“-Empfinden.

Das macht aus den ehrlich-anspruchslos Redlichen der unteren Mittelschicht dann die Resignationsbürger.

Es ist die empfundene, zu geringe Rücksichtnahme unserer gewählten Volksvertreter auf die schweigende, angepasste Mehrheit und gleichzeitig das zu starke Eingehen auf die oft egozentrischen und laut fordernden Minderheiten.

Nicht jeder Shitstorm bei facebook ist Ausdruck einer Mehrheitsmeinung. Ganz im Gegenteil.

Rückzug und Protest mit dem Wahlzettel sind die Konsequenzen dieser „stillen“ Revolution der Soeben-Wähler. In der Folge wird mehr emotional und weniger rational gewählt.

Nicht Inhalte, stiller Protest entscheidet Wahlen. Und der Populismus ist weiter auf dem Vormarsch.

Die medialen Möglichkeiten zur politischen Beeinflussung waren nie größer wie jetzt.

Anstelle von Parteien bestimmen Influencer die öffentliche Diskussion. Hier reagieren die etablierten Parteien oft hilflos, weil es nach wie vor „Neuland“ für sie ist.

Auch dadurch setzen sich die Frechen und Lauten durch.

Diese Gemengelage aus Leben am Abgrund, Zukunftsängsten und fehlender Anerkennung macht auch die aktuelle Klimadebatte so gefährlich.

Im wirtschaftsfernen Parlament haben Klima und Arbeit keine gleich große Lobby.

Das vornehmlich aus Beamten und Berufspolitikern bestehende Parlament reagiert auf lauten Druck.

Die leisen Absturzgefährdeten setzen sich so nicht durch.

Der Auftrag an die Politik

Wichtig und richtig ist, dass die Wissenschaft uns über Schadstoffe, Richtwerte, Zukunftsentwicklungen aufklärt.

Genauso wichtig ist aber auch, dass unsere Politiker die diversen Interessen, Lebenslagen und Zukunftsängste miteinander in Einklang bringen.

Was also können unsere Politiker tun, um eine Brücke zwischen den Armen und Reichen, den Gesicherten und Ungesicherten, den Hofierten und Frustrierten zu schlagen?

Zum einen muss sie wieder stärker die Lebensleistungen der einfachen Leute anerkennen. Dazu gehören akzeptable Arbeitsbedingungen, z.B. für Pflegeberufe und Paketzusteller.

Dazu gehören Sozialausgleiche für die wahrhaft Bedürftigen.

Dazu gehören tragfähige Leistungen für diejenigen, die ein Leben lang tätig waren und nun in der Rente auskömmlich von ihrem Einkommen leben wollen.

Unkorrigiertes Manuskript, es gilt das gesprochene Wort

Die Politik muss jedoch die Lebensleistungen der Bürger auch mental anerkennen. Warum nicht einmal laut „Danke“ sagen, Korrektheit würdigen und die Arbeit der Wähler loben?

Ein bisschen mehr Menschenwürde statt der sozialen Unwürde.
Belohnt die Aktivitäten und nicht das Nichts-tun: Keine Leistung ohne Gegenleistung! Jeder, der kann, muss seinen Beitrag leisten – und sei er auch noch so gering.
Sonst bleibt der Aktive der Dumme.

Schließlich muss die Politik die Ambivalenz zwischen den Bedürftigen herstellen.
Nicht nur Migranten sind zu unterstützen, sondern auch die Flaschensammler, Ausgegrenzten, Langzeit-Arbeitslosen bei uns.
Jede Gruppe muss eine angemessene Unterstützung finden:
die anerkannten Flüchtlinge, aber ebenso die kleinen Leute mit überdrehter Belastungsschraube.

Ambivalenz, das ist auch der Wunsch nach vergleichbaren Lebenschancen, nach Teilhabe, gerechter Entlohnung, nach mehr sozialer Solidarität.
Deutschland benötigt nicht nur Ausländer-, sondern auch eine Inländerfreundlichkeit!

70 Jahre gab es in der Bundesrepublik sozialen Frieden. Dieser steht derzeit auf der Kippe wie seit Kriegsende nicht mehr. Eine neue Protestbewegung würde dann aus der Mitte der Gesellschaft kommen.

Also Bedarf es Kompromissen, damit nicht alles in einem großen Knall endet.
Kompromisse und Ausgleich im Inland für den sozialen Frieden.
Kompromisse auf internationaler Ebene für den Weltfrieden und die Auswirkungen des Klimawandels.

Wir haben eine große Aufgabe vor uns und es wird nicht leicht.
Keine Generation hat es leicht gehabt, außer unserer vielleicht. Alle anderen hatten Kriege, Rezessionen, Hunger und Wiederaufbau.

Und nun muss umgebaut werden. Das wird nicht leicht, ganz im Gegenteil.

Es ist gut, dass die junge, nächste Generation sich um ihre Zukunft sorgt. Es reicht aber nicht aus, die Zukunft zu verbieten.

Es werden nicht die Verhinderer sein, die die Zukunft bauen, sondern die Macher.

Es werden die sein, die Neues schaffen. Es werden die Entwickler, Ingenieure, Meister und Techniker sein, die neue Wege bauen und nicht die, die im Weg stehen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein kreatives und erfolgreiches neues Jahr 2020.
Ich **danke Ihnen** für Ihre **Aufmerksamkeit**.

Handeln statt jammern

Der Verein „Selbständige Handwerksmeister Porz“ hatte zum Neujahrsempfang eingeladen

Porz (sf). Die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher. Diese bedenkliche Entwicklung ist schon lange in der Gesellschaft zu spüren. Dabei ist es wichtig, nicht nur die ärmsten Bevölkerungsschichten im Auge zu behalten, sondern auch die sogenannten Kleinverdiener, deren Lebensleistungen durch die Auszahlung eines geringen Lohnes nicht gewürdigt werden. Das könnte verheerende Folgen haben: Geht die untere Mittelschicht bald auf die Barrikade? „Wenn ja, dann zu Recht!“, meint Karl-Heinz Miebach, Vorsitzender des Vereins „Selbständige Handwerksmeister Porz“.

Der Soziale Ausgleich, aber auch der Klimawandel waren zentrale Themen seiner Rede auf dem Neujahrsempfang, zu dem der Verein Selbständiger Handwerksmeister in den Rathaussaal geladen hatte. Die Rede von Miebach wird auf dem Neujahrsempfang jedes Jahr mit Spannung erwartet, gelingt es dem Vorsitzenden doch immer wieder, insbesondere die Arbeit der Bundes- und Lokalpolitiker sowohl kritisch als auch humorvoll, aber stets mit verbaler Schärfe, unter die Lupe zu nehmen.

Kräftig ausgeteilt wurde auch dieses Mal auf städtischer Ebene bei den beiden großen Parteien: Die Kölner CDU resigniert beim Ausbau des Godorfer Hafens und opfert die Pläne zugunsten des



Karl-Heinz Miebach, Vorsitzender des Vereins „Selbständige Handwerksmeister Porz“, beim Neujahrsempfang im Porzer Rathaus. Foto: Flick

„schwarz-grünen Koalitionsfriedens“: „Ein bedenkliches Zeichen in Zeiten des Klimawandels: Eine Million LKW-Kilometer pro Jahr durch die Kölner Innenstadt hätten aufs Wasser verlegt werden können“, meint Miebach. Dass er dieses Mal nur die Arbeit der CDU kritisiert und nicht die der SPD, begründete Miebach augenzwinkernd mit den Worten „Ich trete keinen, der am Boden liegt. Kommt erst einmal wieder zu Kräften, dann seid ihr wieder dran“.

Auch den in Köln nur sehr langsam voranschreitenden Wohnungsbau kritisierte Miebach: „Zwei Jahre warten auf Baugenehmigungen für dringend be-

nötigten Wohnraum: Das geht in München in rund sechs Monaten und die haben 40 Prozent mehr Einwohner als Köln. Das zeigt doch, dass auch große Städte zu verwalten sind, wenn nur die richtigen Leute dran sind“, sagte Miebach.

Beim von Köln ausgerufenen „Klimanotstand“ schlug Miebach vor, nicht zu jammern, sondern selbst zu handeln und umweltfreundliche, CO₂-neutrale Technologien zu entwickeln. Bei der immer größer werdenden Spaltung zwischen Arm und Reich solle der Fokus nicht nur auf Sozialhilfeempfänger, sondern auch auf die Geringverdiener am unteren Ende der einstigen Mit-

telschicht gerichtet werden: „Das sind diejenigen, die aus eigener Kraft gerade noch soeben über die Runden kommen“. Versorgungängste, fehlende Zukunftsperspektiven und Abstiegsrisiken können Auslöser dafür sein, dass die untere Mittelschicht schon bald auf die Barrikaden geht. „Diese Bürger fühlen sich ausgegrenzt, obwohl wir, also der Staat, sie benötigen“, betonte Miebach und sieht die Gefahr einer neuen Protestbewegung aus der Mitte der Gesellschaft. Die Politik ruft er zum Handeln auf, um diesem negativen Trend entgegenzuwirken: „Belohnt die Aktivitäten und nicht das Nichtstun“, forderte Miebach.

PORZ

VON RENÉ DENZER

Porz. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Reinhard Houben war zuvor gebrieft worden: Als Politiker müsse man beim Besuch des Neujahrsempfangs des Vereins Selbständiger Handwerksmeister Porz ein Vollvisier tragen, sagte er und freute sich, dass seine Partei noch glimpflich davonkam. Im Gegensatz zur CDU.

So warf Karl-Heinz Miebach, Vorsitzender der Porzer Handwerksmeister, im vollen Porzer Rathaussaal die Frage auf, wo denn eigentlich die wirtschaftliche Kompetenz der CDU geblieben sei. Sein Fett weg bekam da vor allem Wirtschaftsminister Peter Altmaier: Sein „Made in Germany“-Papier lese sich „wie eine Auflistung der wirtschaftspolitischen Versäumnisse der Großen Koalition“.

Nach Ausführungen zum „Realitätsverlust“ von Verkehrsminister Andreas Scheuer arbeitete sich Miebach dann aber ganz an Kölner Themen ab. So habe die Kölner CDU den Ausbau des Godorfer Hafens dem „schwarzgrünen Koalitionsfrieden geopfert“. Für Miebach „ein bedenkliches Zeichen in Zeiten des Klimawandels“. Denn mit dem Ausbau hätten „eine Million Lkw-Kilometer pro Jahr durch die Innenstadt aufs Wasser verlegt werden können“. Der Güterverkehr werde weiter zunehmen, Kapazitäten von Schiene und



Foto: Denzer

Die Politik im Visier

Neujahrsempfangs des Vereins Selbständiger Handwerksmeister

Der Verein Selbständiger Handwerksmeister

1907 setzten sich 30 selbstständige Handwerker in der Restauration Winzen zusammen, um über Ziel und Zweck eines zu gründenden Handwerker-Vereins zuspochen. Die Geburtsstunde des Vereins. Sein Zweck: „Die Verbesserung der Lage des Handwerkerstandes und die Förde-

rung der gemeinsamen, gewerblichen Interessen.“ So wurde zwei Jahre nach der Gründung eine Fortbildungsschule eröffnet.

1951 gab es in der Stadt Porz 425 Handwerksbetriebe, in denen fast 1300 Personen beschäftigt waren. Der Verein zählte 103 Mit-

glieder. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der wirtschaftliche Aufschwung kam auch dem Verein zugute.

1953 nannte der Verein sich in „Verein Selbständiger Handwerksmeister der Stadt Porz“ um. Zwischen 1951 und 1969 verringerte sich

die Zahl der Handwerksbetriebe innerhalb der damals eigenständigen Stadt Porz, andere Betriebe wurden dafür größer.

112 aktive und 26 inaktive Mitglieder sowie 20 Fördermitglieder zählt der Verein heute. Die Interessen sind seit damals dieselben geblieben.

Straße seien aber ausgeschöpft. Hinzu komme, dass Sven Lehmann – Bundestagsmitglied der Grünen – die Notwendigkeit einer neuen Rheinbrücke stelle. „Wir können gespannt sein, wann unsere vergrünte Kölner CDU auch hier einknickt.“

Beim Thema Baugenehmigungen zog Miebach einen Vergleich mit München heran. Während in Köln im Schnitt zwei Jahre dafür gebraucht würden, seien es in München gerade mal sechs Monate – „und die haben 40 Prozent mehr Einwohner“. Dies zeige, dass auch große Städte zu verwalten seien, „wenn nur die richtigen Leute dran sind.“

Er richtete sich auch an die SPD. Die hätte bei ihm vorerst als Feindbild ausgedient. Zwar böten die Sozialdemokraten immer noch genug Angriffsfläche, „aber ich trete keinen, der am Boden liegt“. Die SPD solle erst mal wieder zu Kräften kommen, dann sei sie wieder dran, versprach Miebach augenzwinkernd. Ob dies mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans aber etwas werde, da sei er sich nicht so sicher.

Weiter sprach Miebach die Themen Klimawandel, Spaltung der Gesellschaft und die Angst vor dem sozialen Abstieg an, der in Deutschland durchaus real



Wir brauchen immer einen Abstand zwischen Maßnahmen der Sozialfürsorge und dem durch Leistung erworbenen Einkommen.

Karsten Möring (CDU)
Bundestagsabgeordneter

sei. Er mahnte aber auch an, dass nicht mehr über Inhalte Wahlen gewonnen würden und dass der Populismus weiter auf dem Vormarsch sei. Wobei sicher nicht jeder „Shitstorm“ bei Facebook Ausdruck einer Mehrheitsmeinung sei. Auch müssten die Lebensleistungen der „einfachen

Leute“ anerkannt und Aktivität und nicht das Nichts-Tun belohnt werden.

Den Auftrag an die Politik formulierte er folgendermaßen: Diverse Interessen, Lebenslagen und Zukunftsängste müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Auch betonte Miebach, dass es die Entwickler, Ingenieure, Techniker und Meister seien, die die Zukunft bauten – und nicht diejenigen, die stets verhindern wollen.

Dem konnte Bezirksbürgermeister Henk van Benthem nur zustimmen und appellierte daran, das Geld nicht nur im Internet auszugeben. „Ich hoffe, dass mehr Geld in Porz an Porzer Unternehmen ausgegeben wird, dann werden wir als Porz auch viel stärker.“ Dafür müsse aber auch die Politik etwas leisten. Im Kommunalwahljahr habe zwar jede Partei das Recht und seine Pflicht, sich dar- und eigene Ideen vorzustellen. „Aber wir haben alle parteiübergreifend die Pflicht, gemeinsam Dinge zu

entwickeln und uns nicht in Kleinklein zu verstricken – in dem wir dann anschließend gemeinsam untergehen.“

Es gebe in Porz viele Akteure, die etwa zur Porzer Innenstadt eine ganz eigene Meinung hätten. Das sei zwar gut, „aber am Ende des Tages muss eine Bezirksvertretung, gewählte Mandatsträger, in der Stadt Köln die Porzer Meinung vertreten“. Den kleinen Seitenhieb an das Bündnis Porz-Mitte beendete van Benthem mit einer Schelte an die Stadtverwaltung: „Es kann nicht angehen, dass die Verwaltung auf fünf, sechs Veranstaltungen gebeten wird, Stellung zu nehmen. Und dort, wo die Musik spielt – in der Bezirksvertretung – ist sie dann so müde geworden vom Reden bei den unterschiedlichen Akteuren, dass sie überhaupt nicht mehr hinkommen.“

Schelte an die Stadtverwaltung

Hans-Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und der Handwerkskammer zu Köln, ging in seiner Rede besonders auf die Wiedereinführung der Meisterpflicht in zwölf Handwerksbereichen im Dezember vergangenen Jahres ein: „Damit setzt die Bundesregierung den richtigen und notwendigen Akzent für mehr Qualität und Qualifizierung im Handwerk.“

Das griff wiederum der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring in seinem Redebeitrag auf und sprang für den zuvor gescholtenen Wirtschaftsminister in die Bresche: „Peter Altmaier leitet das Ministerium, das für die Handwerksordnung zuständig ist. Und ohne sein Engagement in dieser Frage wären wir heute nicht da, wo wir seit Dezember sind.“

Auch zum Thema Anerkennung von Leistung bezog Möring Stellung: „Wir brauchen immer einen Abstand zwischen der Sozialfürsorge und dem durch Leistung erworbenen Einkommen. Wenn dieser Abstand nicht hinreichend groß ist, dann ist der Effekt entgegengesetzt. Dann haben wir keinen Leistungsanreiz und kein Bemühen, sich um Arbeit zu kümmern.“



Stolz auf die Wiedereinführung der Meisterpflicht: H.-P. Wollseifer.

Traumhafte Böden bei HolzLand Schyns
Der Fachhandel mit großer Ausstellung – stark in Preis und Auswahl



HolzLand Schyns GmbH
Industriestraße 21 - 25
53721 Siegburg
Tel. 022 41 / 17 60 - 0

RUNDUM SORGLOS!
Beratung, Planung, Lieferung,

Pänz Dance zeigt die Vielfalt junger Tanzgruppen

Porz. Zum 7. Mal ist im Porzer Bezirksrathaus beim „Pänz Dance“ Gelegenheit für die Kindertanzgruppen im Karneval, ihre Kunst auf der großen Bühne zu zeigen und auch zu beobachten, was andere Kindertanzgruppen auf die Beine stellen. Auf Initiative des früheren Bezirksamtsleiters Norbert Becker gegründet, hat sich der Pänz Dance-Tag schnell etabliert. Mehr als 250 Kinder aus den dem Festausschuss Porzer Karneval (FAS) angeschlossenen Gesellschaften stehen am Sonntag, 19. Januar, ab 11.30 Uhr auf der Bühne im Rathaussaal Porz, Friedrich-Ebert-Ufer 64-70 und beweisen ihren Trainingsfleiß. Das Porzer Dreigestirn und das Kinderdreigestirn kommen mit den Fünkchen der Kinderprinzengarde und auch das FAS-Maskottchen Fidelino darf nicht fehlen. Der Eintritt ist frei und für das leibliche Wohl ist zu zivilen Preisen gesorgt. (bl) www.Porz-Karneval.de

Fernsicht



Idylle am Rheinufer in Porz, gesehen von Alexander Figge

NOTIERT

Porz. Katholische Kirchengemeinden, Verbände, Einrichtungen und Dienste im Erzbistum sind aufgerufen, bis zum 6. März Förderanträge beim Ehe- und Familienfonds des Erzbistums einzureichen. Zum Zuge kommen innovative Projekte, die nicht oder noch nicht zum finanziell gesicherten kirchlich-caritativen Angebot zählen. Der Ehe- und Familienfonds fördert Maßnahmen und Beratungsaktivitäten – beispielsweise im Bereich „Frühe Hilfen“, Hilfen für Familien mit kleinen Kindern, Beratung von besonders belasteten Familien, Modelle von Familienpatenschaften, Hilfen für Kinder suchtbelasteter und psychisch kranker Eltern, sexualpädagogische Projekte, Angebote für Alleinerziehende oder auch Projekte der interkulturellen bzw. interreligiösen Begegnung von Familien. Ebenso können Initialprojekte der Ehe- und Familienpastoral in den Seelsorgebereichen gefördert werden. Antragsformulare und Infos gibt es online und unter Tel. 0221/20 10-290 oder -236. (bl) www.ehe-und-familienfonds.de

Rundumschlag des Handwerker-Chefs

Gewohnt kritisch war die Rede von Karl-Heinz Miebach beim Neujahrsempfang der Selbstständigen Handwerksmeister

VON ALEXANDER FIGGE

Porz. Mit gewohnt markigen Worten bedachte der Vorsitzende des Vereins Selbstständiger Handwerksmeister, Karl-Heinz Miebach, die Politik auf dem Neujahrsempfang seines Vereins im Rathaussaal. Besonders auf die Bundesregierung zielte die Kritik des obersten Porzer Handwerksmeisters ab. Die **„Dieser Empfang ist bemerkenswert anders“**

Hans-Peter Wollseifer

CDU-Minister Peter Altmaier, Annegret Kramp-Karrenbauer und Andreas Scheuer hält er allesamt für Fehlbesetzungen, genauso wie den SPD-Außenminister Heiko Maas. Man solle bei der Verteilung von Ämtern zukünftig doch wieder mehr Wert auf Qualität geben, so Miebachs bissiger Vorschlag. Wirtschaftspolitische Kompetenz sei in der CDU leider abhandengekommen und der Mittelstand allgemein in der Bundespolitik vergessen worden.

Doch noch nicht nur die Politiker im fernen Berlin waren Ziel von Miebachs Spitzen, auch die anwesenden im Saal mussten sich einiges anhören. So rief er dem SPD-Ratsmitglied Christian Josten zu: „Wie du siehst, die SPD hat als Feindbild ausgedient. Ich trete keinen, der am Boden liegt.“

Der nahm es mit Fassung und Kontexte: „Aber wir besetzen die richtigen Themen.“ Zuvor hatte auch die Kölner CDU ihr Fett weg bekommen. Der Ausbau des Godorfer Hafens sei dem schwarz-grünen Koalitionsfrieden geopfert worden, wohnt Miebach. Ein bedenkliches Zeichen in Zeiten des Klimawandels, findet der Chef der Porzer Handwerksmeister. „Eine Million Lkw-Kilometer pro Jahr durch die Kölner Innenstadt hätten aufs Wasser verlegt werden können“, so das Argument Miebachs. Nun stelle auch noch der Grüne Bundestagsabgeordnete Sven Lehmann die Notwendigkeit einer neuen Rheinbrücke im Kölner Süden in Frage. Hoffentlich knicke die „vergrünte Kölner CDU“ in dieser Frage nicht auch ein, ätzte Miebach weiter. Rund 250 geladenen Gästen waren



Die Handwerksmeister hatten zum Neujahrsempfang in den Rathaussaal geladen.

Fotos: Figge



Kritisch: Karl-Heinz Miebach

zum Neujahrsempfang des Vereins Selbstständiger Handwerksmeister gekommen. Darunter, neben vielen Handwerksmeistern, waren auch die Bundespolitiker Karsten Möring (CDU) und Reinhard Houben

(FDP), der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) Hans-Peter Wollseifer, Bürgermeister Hans-Werner Bartsch, Bezirksbürgermeister Henk van Benthem sowie Bezirksvertreter fast aller Parteien.

ZDH-Präsident Wollseifer stellt in seiner Rede fest: „Dieser Empfang ist bemerkenswert anders“. Obwohl die Riege der Politiker regelmäßig ordentlich Kritik einstecken müssten, kämen alle immer wieder. Passend zur Stim-

mung wünschte CDU-Politiker Möring in seiner Rede dem Handwerk ironisch keine vollen Auftragsbücher, „nur so voll, dass ich auch noch einen Handwerker kriege, wenn ich ihn brauche“.

Endlich wieder unbeschwert lächeln

Feste Zähne an einem Tag auf nur 4 Implantaten gaumenfrei!

Mit einem strahlenden Lächeln geht's einfacher durchs Leben. Denn schöne Zähne machen sympathisch und sorgen für mehr Selbstbewusstsein und Lebensfreude.

Die moderne Implantologie bietet Patienten komfortable Lösungen an – selbst, wenn ein Zahn nicht mehr zu retten ist. So sorgen Implantate nicht nur für einen festen Biss, sondern unterscheiden sich auch optisch nicht von echten Zähnen. Fehlen alle Zähne eines Kiefers, ist eine schnelle Rundum-

versorgung möglich. Das Behandlungskonzept „All-on-4“ ersetzt die Lücke durch eine einzige Brücke, die von nur vier Zahnimplantaten getragen wird. Dies erspart dem Patienten Zeit und Behandlungskosten. Zudem wird das Tragen herkömmlicher, oft unbequemer und schmerzhafter Prothesen überflüssig.

Alles Wissenswerte über klassische sowie innovative Behandlungsmethoden erfahren Interessierte am Freitag, 17.01.2020 18 Uhr von Dr. Jochen H. Schmidt

MSc, Master of Science Oral Implantology. Die Veranstaltung findet im Studio DuMont, Breite Straße 80, 50667 Köln statt. Die Teilnahme am Seminar ist kostenlos und unverbindlich. Aufgrund der hohen Nachfrage ist eine frühzeitige telefonische Voranmeldung erforderlich.

Telefon: 02 21/9 84 27 00

Info-Abend
Freitag, 17.01.2020
um 18 Uhr im
Studio DuMont
Breite Straße 80
50667 Köln



Studio DuMont | Breite Straße 80 | 50667 Köln | 0221/9842700
www.carree-dental.de

Dr. Jochen H. Schmidt MSc, Master of Science Oral Implantology (I.) und seine Kollegen bieten bei Carree Dental modernste Zahnheilkunde an

Seitenhiebe inklusive

Der Verein der Porzer Handwerksmeister bat zum Neujahrsempfang - gewohnt kritisch sprach der Vorsitzende Karl-Heinz Miebach

Porz-Mitte - Ein paar mehr Besucher als im vergangenen Jahr seien im Rathaussaal dabei beim Neujahrsempfang des Vereins der Porzer Handwerksmeister, stellt deren Vorsitzender Karl-Heinz Miebach fest. Wie gewohnt kommentiert er in seiner Rede vor Mitgliedern, Bürgern und Vertretern der lokalen und der Bundespolitik das politische und gesellschaftliche Geschehen in Porz und der Bundesrepublik.

„Kein vernünftiger Mensch kann den Klimawandel leugnen. Er findet ja bereits statt“, so Miebach. Zum Angehen des Problems hat er eine Idee: „Lassen wir uns aufmachen und umweltfreundliche Technologien entwickeln und die dann weltweit verkaufen“, erklärt der Vorsitzende. Nicht die Verhinderer sondern die Macher würden die Zukunft gestalten, so Miebach.

Auch den sozialen Ausgleich zwischen allen Bevölkerungsschichten spricht Karl-Heinz Miebach an. „So eben-Gesellschaft“ nennt er all die, die nur knapp mit ihrem Verdienten auskommen. Ihnen fehle es an entgegen gebrachtem Respekt. Auch von Seiten der Politik, findet Miebach.

Ohnehin müssten die anwesenden Politiker beim Neujahrsempfang der Handwerksmeister reichlich Nehmerqualitäten aufweisen. Das analysiert Hans-Peter



Mitglieder, Bürger, Verwaltung und Politik kommen zusammen beim Neujahrsempfang der Handwerksmeister

Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), in seiner Rede. Er weist auf die wichtige Bedeutung des Handwerks in der Wirtschaft hin. „Wir sind Stabilitätsanker auch bei schwacher Konjunktur“, so Wollseifer. Der Mangel an Fachkräften sei aber inzwischen Betriebsalltag bei vielen Unternehmen. „Wir fordern mehr Anerkennung für die Meister“, so der Präsident des ZDH. Bei allen gegenseitigen verbalen Spitzen und Kritik auch in Richtung Bundesregierung wünscht sich CDU-Bundespolitiker



Hans-Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), wurde jüngst mit 97 Prozent wiedergewählt.

Jalousiendoc

Sonnenschutz & Metallbau
vom Meisterbetrieb

ROLLO MARKISEN PLISSEE

TERRASSEN- ÜBERDACHUNGEN

Besuchen Sie unseren
SHOWROOM
In Ihrer Nähe

02203 / 18 31 41 6 jalousiendoc.de

Karsten Möring indes eine Bereitschaft zum Kompromiss. Nur so gehe es, so Möring. Mäßigend und mit gegenseitigem Respekt, auch bei anderen Meinungen. „Nicht nur in den sozialen Medien, sondern vielleicht auch am Stammtisch“, erklärt er. (Lars Göllnitz)

druckshop

DANKSAGUNGS- KARTEN

für alle Anlässe in 1-2-3
Schritten selber erstellen
und drucken lassen:

<https://shop.rautenberg.media>